



Dr. Wolfgang Schäuble
Bundesminister der Finanzen

„Vertrauen schaffen“ Für ein stärkeres Europa – Für mehr Stabilität auf den Finanzmärkten

Wolfgang Schäuble wurde 1942 in Freiburg geboren. Er studierte Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und wurde 1971 zum Dr. jur. promoviert. Seit 1972 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 1989 Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Ab 1984 war er Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, seit 1989 Bundesinnenminister. Seit 1991 war er Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ab 1998 Vorsitzender der CDU Deutschlands. 2005 wurde er erneut zum Innenminister ernannt. Seit 2009 ist er Bundesminister der Finanzen.

Die Freie und Hansestadt und der Übersee-Club sind ein wunderbares Symbol dafür, warum wir europäische Vereinigung im 21. Jahrhundert noch mehr brauchen als im 20. Jahrhundert. Ja, es stimmt, sagen manche, sie war eine Erfolgsgeschichte, sie hat uns die Wiedervereinigung gebracht, die Überwindung des Eisernen Vorhangs; wir führen keinen Krieg mehr gegen Frankreich, auch nicht gegen Dänemark; aber noch mehr Europa, womöglich eine gemeinsame Währung, das war vielleicht ein bisschen zu viel. Aber wenn wir mit dem Blick auf die weite Welt – gerade hier an diesem Ort, wo das besonders deutlich gelebt wird – und mit Blick auf das 21. Jahrhundert fragen, wie wir unsere Interessen und unsere Verantwortung wahrnehmen wollen, dann geht es im Zeitalter der Globalisierung ganz gewiss nur mit einem gemeinsamen Europa. Mit einem Europa, das Mühe genug haben wird, sich in diesen rasanten Veränderungen im Zeitalter der Globalisierung zu behaupten, im Zeitalter des dramatischen Wandels durch Fortschritte in Wissenschaft und Technologie, die unsere politischen und gesellschaftlichen Strukturen verändern. Wir haben erst angefangen, dessen gewahr zu werden.

Auch die demografische Entwicklung macht es nicht leichter. In dieser Welt nimmt der Anteil der Europäer stetig ab. Wir Europäer haben im Vergleich zu anderen Kontinenten eine älter werdende Bevölkerung. Und wir haben ein sehr viel höheres Bedürfnis nach sozialer Sicherung. Gelegentlich muss man daran erinnern, dass das Verhältnis von sozialen Leistungen, des Sozialversicherungssystems insgesamt, zum Bruttoinlandsprodukt in Europa ungefähr doppelt so hoch ist wie in anderen Ländern. Und niemand in Europa ist bereit, das zu ändern – bei allen Unterschieden zwischen Ost und West in Europa. Auch sind wir in der Einführung neuer Technologien eher ein Stück behutsamer – um auch das vorsichtig zu sagen – als andere Gesellschaften, andere Industrieländer.

Das alles wird es uns eher schwerer machen, uns in der Welt zu behaupten. Wir werden auch nicht die großen Wachstumsraten im Vergleich zu anderen Wirtschaftsräumen haben. Aber nachhaltiges Wachstum müssen wir haben, sonst werden wir irrelevant werden. Und dies wird große Anforderungen an Europa stellen, auch an die Innovationsfähigkeit, die Leistungsfähigkeit. Da sind Bildung und Wissenschaft, Erziehung, Integration von entscheidender Bedeutung. Deswegen ist auch die katastrophal hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa unter gar keinen Umständen zu akzeptieren, und es muss uns mehr einfallen, um sie zu überwinden.

Manche sagen, Europa wird immer deutscher. Das ist Unsinn. Wir wollen kein deutsches Europa. Am wenigsten könnte Deutschland selbst das ertragen. Aber was wir brauchen, ist ein hinreichend starkes Europa,

damit es in der Welt der Globalisierung seine Interessen und seine Verantwortung wahrnehmen kann. Deswegen soll das Thema Wettbewerbsfähigkeit nicht etwa andere quälen, sondern wir brauchen Wettbewerbsfähigkeit, um unseren europäischen Anspruch in dieser Welt einigermaßen erfüllen zu können. Deswegen sind Auflagen im Rahmen von europäischen Hilfsprogrammen nicht Ausdruck von mangelnder Solidarität. Sondern wir sind solidarisch, aber dann muss die Zeit auch genutzt werden – eben Hilfe zur Selbsthilfe, sonst nützt die Hilfe am Ende nichts.

Marktwirtschaftliche Ordnungen sind Ordnungen, die darauf setzen, dass nicht irgendeine zentrale Instanz plant und entscheidet, sondern dass die Vielzahl der Entscheidungen aller Wirtschaftsindividuen, also der Verbraucher, Investoren oder Arbeitnehmer, Wohlstand und Fortschritt bringt. In solchen marktwirtschaftlichen Ordnungen, deren Überlegenheit, was wirtschaftliche Effizienz angeht, ja heute nicht bestritten ist, ist Vertrauen eine entscheidende Ressource, weil die Menschen letztlich auf der Grundlage persönlicher individueller Zukunftseinschätzungen entscheiden.

Am Anfang dieser Legislaturperiode hat mir mein damaliger amerikanischer Kollege in einer Diskussion gesagt, wir Deutschen müssten aufpassen, dass wir unser Haushaltsdefizit nicht zu schnell reduzieren. Ich habe geantwortet, ich weiß nicht, wie es bei euch in Amerika ist, aber ich bin mir sicher, in Deutschland ist es so, dass die Menschen Vertrauen in die Nachhaltigkeit unserer finanziellen Ordnung haben wollen. Wenn sie das Vertrauen nicht haben, kann man noch so viele Konjunkturprogramme auflegen. Das wird nicht das Wachstum befördern, sondern das Gegenteil. Ein Jahr später, als mein amerikanischer Kollege wieder in Berlin war, sagte er, wir hätten tatsächlich nicht nur unser Defizit etwas reduziert, sondern wir seien besser als andere aus der Krise gekommen. Er werde dafür plädieren, dass die Amerikaner ihre Finanzpolitik etwas mehr „German-like“ machen.

Das Vertrauen in die Nachhaltigkeit unserer öffentlichen Haushalte, in unsere Handlungsfähigkeit, ist eine entscheidende Voraussetzung für Wachstum. Das dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren, wenn wir darüber nachdenken, wie wir ein stärkeres Europa schaffen und was wir dazu brauchen. Ohne ein Klima von Nachhaltigkeit, Verlässlichkeit und Dauerhaftigkeit geht es nicht. Ludwig Erhard hat das schon gewusst. Er hat gesagt, Wirtschaftspolitik sei zu fünfzig Prozent Psychologie.

Was wir darüber hinaus in Europa und in der Welt brauchen, ist mehr Vertrauen in die Nachhaltigkeit unserer Finanzmärkte. Die Finanzmärkte haben in den letzten Jahren durch Übertreibungen viel zerstört. Wir haben ja alle, Regierung und Opposition, mitgemacht in dem Wettlauf, je weniger Regulierung, umso besser für den Finanzstandort Deutschland. Zum Schluss hatten wir überall in der Welt fast keine Regulierung mehr und die Finanzmärkte haben bewiesen, was in der Menschheitsgeschichte nicht neu ist: Ohne Regeln geht es nicht. Die Menschen können es ohne Regeln nicht aushalten, sie zerstören dann die freiheitliche Ordnung selbst. Wir haben inzwischen Fortschritte in der Regulierung gemacht. Aber wir sind noch nicht am Ziel. Dauerhaftes Misstrauen in die Funktionstüchtigkeit gut geregelter Märkte können wir uns nicht leisten. Dann geriete auch die Legitimität der freiheitlichen Ordnung insgesamt in Gefahr.

Die Entscheidung für den Euro war richtig, obwohl man schon damals bezweifelte, dass eine gemeinsame Währung für Staaten ohne eine vergemeinschaftete Finanz- und Wirtschaftspolitik auf die Dauer gut gehen kann. Deswegen hat man den Stabilitäts- und Wachstumspakt geschlossen. Aber die schönsten Verträge nutzen nicht immer etwas, weil die Menschen sind, wie sie sind.

Die Menschen so zu nehmen, wie sie sind – das leistet die Soziale Marktwirtschaft. Sie schafft die Balance zwischen der Effizienz durch Freiheit und den nötigen Regeln von Nachhaltigkeit und Ausgleich. Nachhaltigkeit meint nicht nur ökologische und finanzpolitische Nachhaltigkeit, sondern auch eine gewisse soziale Kohärenz. Freiheitliche Gesellschaften, die nicht ein Mindestmaß an sozialem Zusammenhang, sozialem Engagement und Beteiligung aufweisen, werden scheitern. Sie werden entweder durch Konflikte oder durch Beziehungslosigkeit auseinanderfallen. Wir sollten in dem Streit zwischen Gleichheit und Gerechtigkeit nicht allzu viel Grundsatzfeier investieren. Halten wir es mit dem amerikanischen Philosophen John Rawls, der gesagt hat, wir brauchen ein System, in dem alle das Gefühl haben, es geht einigermaßen fair zu, und eine Ordnung, in der alle die Chance haben, etwas für sich zu erreichen.

Die Frage nach der richtigen Balance von Regulierung, die Frage, wie wir eine freiheitliche marktwirtschaftliche Ordnung so gestalten, dass sie genügend Regeln hat, um sich nicht selbst zu zerstören, aber wiederum nicht zu viele Regeln, die sie strangulieren – diese Frage führt uns schnell zur Figur des ehrbaren Kaufmanns, hier in Hamburg ein stets hochgehaltenes Leitbild. Auf eine gewisse Moralität menschlichen Handelns ist jede freiheitliche Ordnung angewiesen. Der Rechtsstaat wird zur Perversion, wenn man die Einhaltung aller Gesetze durch eine permanente Kontrolle, durch eine totale Überwachung garantieren will oder muss. Der ehrbare Kaufmann tut bestimmte Dinge nicht nur deshalb nicht, weil er Angst hat, dabei erwischt zu werden, sondern weil man sie eben nicht tut. Eine freiheitliche Ordnung lebt gut mit maßvoller Regulierung, solange man davon ausgehen kann, dass die meisten in der Mehrzahl der Fälle sich rechtstreu verhalten oder einfach anständig.

Ich habe mit der Globalisierung begonnen und will auch mit ihr enden. Europa muss seine Stimme für Nachhaltigkeit und für soziale Kohärenz in dieser Welt erheben. Die Frage ist weltweit: Sind marktwirtschaftliche Systeme erfolgreicher, wenn sie getragen werden von einer politischen Ordnung, in der es nicht um Freiheit, sondern um vordergründige Effizienz geht? Oder sind marktwirtschaftliche Ordnungen am Ende erfolgreicher, wenn sie mit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit, mit Demokratie, mit dem unbedingten Schutz der Menschenrechte, mit Rechtsstaatlichkeit verbunden sind? Das letztere ist das europäische oder westliche Modell. Manche sagen, wir hätten die besten Zeiten hinter uns. Ich glaube das nicht. Dieses westliche europäische Modell hat seine besten Zeiten noch vor sich. Aber dafür müssen wir zeigen, dass es erfolgreich ist.

Deswegen haben wir nicht nur für uns selbst eine Verantwortung, ein stärkeres Europa zu schaffen, unsere Ordnung glaubwürdig zu halten oder wieder zu machen. Wir schulden es der Welt. ■